

„Ich spreche kein Hebräisch mehr auf der Straße“

Wie geht es jüdischen Menschen in Leipzig? Die LVZ hat drei Menschen gefragt: Leipzigs bekanntesten Juden. Einen, der nicht gläubig ist. Und eine, die nach einer antisemitischen Attacke Leipzig verließ.

Von Josa Mania-Schlegel

Leipzig. Am Dienstag ist es einen Monat her, dass Hamas-Terroristen Israel überfielen und mehr als Tausend Menschen töteten. Am selben Tag wird das Amtsgericht Leipzig mehr als sonst von Polizisten bewacht sein: Gil Ofarim steht vor Gericht, weil er vor zwei Jahren behauptete und eidesstattlich erklärte, in einem Leipziger Hotel antisemitisch beleidigt worden zu sein. Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass er lügt.

Es sind zwei Fälle, die nicht viel, eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben. Und doch müssen jüdische Menschen und Einrichtungen in Deutschland heute geschützt werden. Wie geht es den Betroffenen?

Auch vor dem Ariowitsch-Haus im Leipziger Waldstraßenviertel steht seit Anfang Oktober ein Polizei-Wagen. Wer in Leipzig „jüdisch“ ausbuchstabieren will, muss zuerst hier in den zweiten Stock kommen. Das Haus ist Leipzigs zentraler jüdischer Ort – und Kuf Kaufmann sein Direktor.

2000 antisemitische und antimuslimische Straftaten

Es gibt Kirschtorte und Kaffee. Dann stellt Kaufmann klar, dass er über eines derzeit kein Wort verlieren will: Gil Ofarim. Über das, was ihn seit Wochen ununterbrochen beschäftigt, jedoch schon: Das Sterben in Israel – und die Bedrohung jüdischen Lebens in Deutschland.

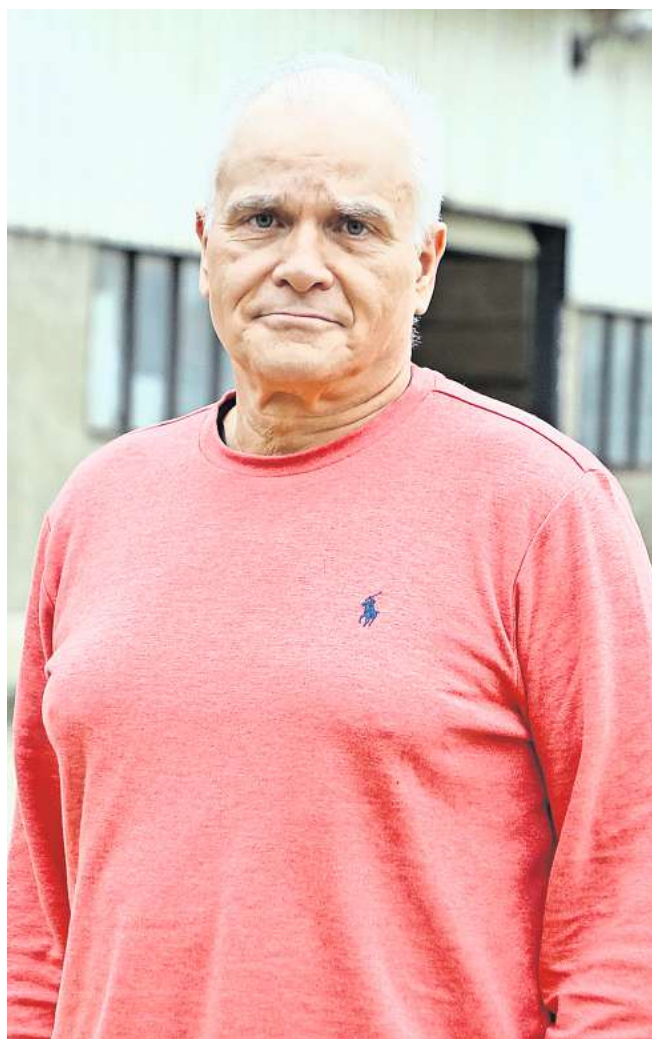
„Als ich vor mehr als 30 Jahren nach Deutschland kam, hatte ich eine rosa Brille auf und blaue Augen“, sagt Kaufmann. „Jetzt habe ich keines von beidem mehr. Ich muss sagen: Ich bin enttäuscht.“

Dass sich Jüdinnen und Juden hierzulande bedroht fühlen, ist mehr als ein Gefühl. Es zeigt sich etwa darin, dass das Bundeskriminalamt (BKA) kürzlich überraschend mitten im Jahr eine Zahl veröffentlichte: 2000. So viele Straftaten registrierte das BKA in Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt im vergangenen Monat.

Unter den Taten seien sowohl antisemitische als auch antimuslimische Taten, erklärt ein Sprecher auf Anfrage. Die Gewaltstraftaten „im unteren dreistelligen Bereich“, so das BKA, stünden jedoch im Zusammenhang mit pro-palästinensischen Kundgebungen in Berlin. Sind es solche Zahlen, die Sie ent-



Kuf Kaufmann, Direktor des Ariowitsch-Hauses: „Ich muss sagen: Ich bin enttäuscht.“ FOTOS: ANDRÉ KEMPNER (2), PRIVAT (1)



André Stolle, Chef einer Abrissfirma: In Leipzig werde bürgerschaftliches Engagement groß geschrieben.



Coral Guter, Studentin: „Ich wollte daran mitwirken, die Beziehung zwischen Deutschland und Israel noch mehr zu stärken.“

täuschen, Herr Kaufmann? Es sei eher die fehlende Solidarität, sagt dieser. „Es gibt viele Menschen, die uns nach den Terrorangriffen auf Israel ihre Solidarität gezeigt haben: Organisationen, private Leute“, so der 76-Jährige. „Aber ich weiß ganz genau: Das ist nicht die Mehrheit.“

Ein zweite Frage, bevor man weiterzieht: Gibt es heute mehr Antisemitismus als früher? „Eine komplizierte Frage“, sagt Kaufmann. „Antisemitismus ist nicht gestern zur Welt gekommen. Er ist auch nicht morgen verschwunden.“

Im Südraum Leipzig, in der kleinen Stadt Böhlen, sitzt André Stolle auf dem Werkshof seiner Abrissfirma. Ein Mann, den viele in Leipzig kennen. Etwa, weil er kürzlich mit half, einen Schornstein in Connewitz zu sprengen. Aber nicht viele wissen, dass Stolle jüdisch ist. Nicht einmal er selbst denke jeden Tag

daran. „Zum letzten Mal bei der Beerdigung meiner jüdischen Mutter“, sagt er.

Den Fall Ofarim verfolgte er aber ganz genau. Und fand ihn, damals im Oktober 2021, „ungewöhnlich“. Denn: „Leipzig ist eigentlich nicht dafür bekannt, rassistisch zu sein, antisemitisch zu sein“, sagt er. Die Stadt sei eine Bürgerstadt, in der bürgerschaftliches Engagement groß geschrieben werde. Deshalb, sagt Stolle, „passte das nicht so richtig hierher.“

Er erinnert sich auch, damals Kuf Kaufmanns Reaktion registriert zu haben. Kaufmann und der Hoteldirektor Andreas Hachmeister sind befreundet. Das Hotel, in dem der Sänger Gil Ofarim einchecken wollte, befindet sich gegenüber der jüdischen Synagoge. „Auch Kuf hat damals gesagt, er könne sich das schwer vorstellen“, sagt Stolle. Dass es Antisemitismus in Leipzig

Leipzig ist eigentlich nicht dafür bekannt, rassistisch zu sein, antisemitisch zu sein.

André Stolle, Geschäftsführer eines Abrissunternehmens

gibt, weiß Coral Guter. 2021 wurde die damals 26-Jährige über Wochen hinweg von ihrer Nachbarin drangsaliert – seit diese herausfand, das Guter Jüdin ist. An einem Tag, Guter lud gerade einen Koffer in ihr Auto, eskalierte die Situation. „Raus, raus, raus, raus!“, habe ihre Nachbarin gerufen und den Weg zurück ins Haus verstellt, sie geschubst. Als sie doch wieder in ihre Wohnung kam, machte sich die Nachbarin an ihrer Tür zu schaffen. Erst die Polizei kann sie beruhigen. Später ermittelt die Soko Rex.

Burkhard Jung lud die Jüdin zum Gespräch ein

Guter kann die Tat mit Videoaufnahmen belegen, die sie damals der Polizei zeigt. Sie beschließt noch nachts, die Stadt Leipzig für immer zu verlassen. Nachdem sie den Vorfall auf Facebook öffentlich macht, bittet sie Burkhard Jung zu einem Gespräch. An einen

„freundlichen und respektvollen“ Oberbürgermeister erinnert sich Guter, die nicht mehr in Deutschland lebt, heute. Damals sprach sie noch auf einer Kundgebung vor 400 Menschen. „Das war sehr aufregend für mich.“

Trotzdem habe sie der Angriff für immer verändert. „Ich spreche kein Hebräisch mehr auf der Straße“, sagt sie. „Klar hat mich diese Nacht traumatisiert, aber ich möchte nicht zulassen, dass jemand meinen Mut bricht. Liebe ist stärker als Hass.“

Und Coral selbst veränderte damals ihr Leben. Sie schrieb sich an einer Universität für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft ein. „Ich wollte irgendwie daran mitwirken, die Beziehung zwischen Deutschland und Israel noch mehr zu stärken“, sagt sie. Leipzig, wo viele ihrer Freunde leben, besuche sie heute nur noch sporadisch.

„Die 12 Prozentpunkte bringen das Fass zum Überlaufen“

Viele Wirte kämpfen durch die Inflation und Energiekrise ums Überleben. Das Aktionsbündnis „Vereint für die Gastro“ will den Erhalt der 7-Prozent-Mehrwertsteuer.

Von Klaus Staeubert

Leipzig. Gegen die zum 1. Januar 2024 geplante Wiederanhebung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie wächst der Widerstand. An diesem Montag will die Initiative „Vereint für die Gastro“ am Brandenburger Tor in Berlin mit mehr als 2000 Gastronomen aus der ganzen Republik gegen die Erhöhung von 7 auf 19 Prozent protestieren. Auch auf der am Sonntag in Leipzig eröffneten dreitägigen Branchenmesse „Iss gut“ wurden Forderungen an die Bundesregierung laut, die Steuerpläne aufzugeben.

Um die Gastronomie während der Corona-Krise zu entlasten, war der Steuerersatz für Speisen in Restaurants von 19 auf sieben Prozent gesenkt worden. Die Regelung wurde wegen der Energiekrise mehrmals verlängert, zuletzt bis Ende dieses Jahres. Nun fürchtet die Branche einen Kahlschlag, sollte der alte Steuersatz zurückkommen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) warnte bereits vor weiteren Preissteigerungen, sinkenden Umsätzen und bundesweit etwa 12 000 Betriebsschließungen.

Derzeit existierten in Sachsen noch 7500 Unternehmen, berichtet Axel Klein, Hauptgeschäftsführer des Dehoga Sachsen. Sie hätten bislang Rekordinflation, Energiekrise und Umsatz einbußen trotzen können. Doch nach drei schweren Corona-Jahren sind bei vielen die finanziellen Polster aufgebraucht. Die Rückkehr zur 19-Prozent-Mehrwertsteuer wäre Gift für die ohnehin angeschlagene Branche. Klein: „Die zwölf Prozentpunkte bringen das Fass zum Überlaufen.“

In den zurückliegenden beiden Jahren seien allein die Personalkosten um 30 Prozent, die Kosten für Energie um 20 bis 25 Prozent gestiegen. Immer weniger Kunden seien bereit, diese Preisentwicklung mitzumachen. Allein in Sachsen haben sich in den vergangenen Jahren 1450 Gastronomiebetriebe vom Markt verabschiedet. In 40 Gemeinden finde man schon heute keine Gastwirtschaft mehr. In 173 sächsischen Gemeinden gebe es weniger als eine Kneipe auf 1000 Einwohner. „Da sind Touristen nicht mal eingerechnet“, so Klein. Dabei ist Sachsen ein Fremdenverkehrsland. Eine Mehrwertsteueranhebung würde diese Negativ-Entwicklung noch beschleunigen, „weil sich immer

weniger Menschen dann einen Restaurantbesuch leisten können“, so der sächsische Dehoga-Vertreter.

Im Nachbarbundesland ist die Situation nicht weniger dramatisch. „Seit 2009 hat fast die Hälfte der Gastronomieunternehmen in Thüringen den Betrieb eingestellt“, beklagt der Hauptgeschäftsführer der Dehoga

Thüringen, Dirk Ellinger. Die Gewinnspanne von drei bis fünf Prozent sei in der Branche schon heute extrem niedrig und würde weiter schmelzen.

„Wir sind noch in der Situation, dass unsere Gäste bereit sind, Geld auszugeben“, sagt Thomas Klengel, Küchenchef im Novotel in Hannover, das gern für Veranstaltungen und Ta-

gungen gebucht wird. Sollte der ermäßigte Steuersatz zum Jahresende allerdings auslaufen, komme man um eine Preiserhöhung nicht umhin. „Wenn dann die Pauschale um drei bis fünf Euro pro Person steigt, werden sich einige Kunden überlegen, ob sie kommen“, befürchtet Klengel.

„Wenn die Gastronomie stirbt, dann stirbt auch ein Stück Lebensgefühl“, sagt Heidrun Böhnisch. Sie betreibt mit ihrem Mann Dietmar in Gaunitz bei Oschatz einen Partyservice. Ihre Betriebskosten seien zuletzt stark gestiegen. Für ein Kilogramm Zunge zahlten die Gastronomen bis vor wenigen Jahren beim Großhändler noch 6,99 bis 7,99 Euro, mittlerweile sind es 10,45 Euro. Gaben sie vor dem Krieg in der Ukraine für Erdgas noch 400 bis 500 Euro im Monat aus, schlagen mittlerweile 1100 Euro zu Buche.

Die Böhnischs sind dabei noch in einer komfortablen Situation. „Wir sind fast jedes Wochenende ausgebuht, auch für 2024 sind die Bücher voll“, berichten sie. Außerdem betreiben sie neben dem Partyservice noch einen Getränkemarkt. Doch wenn auch sie die Preise weiter anheben müssten, würden sich ihre Gäste künftig sicher auch einschränken. Zu-

dem überlegten in ihrem Umfeld bereits Wirte, die allein von ihrem Lokal leben, ob sie dann noch weitermachen. Das wäre gerade in der Provinz verheerend, wo die Kneipe – wenn es sie denn noch gibt – oft der einzige soziale Treffpunkt ist. „Der Staat muss auch was für die kleinen Leute machen“, fordert Heidrun Böhnisch.

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums müssten die öffentlichen Haushalte auf 3,4 Milliarden Euro Steuereinnahmen verzichten, wenn die Mehrwertsteuer bei sieben Prozent bleiben würde. Für die Böhnischs wäre es die Sache wert: „Das würde vielen Gastronomen das Überleben sichern.“

Es geht bei dem Thema aber längst nicht nur darum, ob der Staat eine während einer Krise eingeführte Steuerermäßigung wieder zurücknimmt. Für Axel Klein vom Dehoga Sachsen geht es nicht weniger als um Steuergerechtigkeit. Denn Essen zum Mitnehmen, im Supermarkt oder bei der Lieferung wird von jeher nur mit sieben Prozent besteuert. Die zwölf Prozentpunkte mehr in den Restaurants würden nur deshalb fällig, „weil zum Schluss jemand den Tisch abräumt“.



Setzt sich auf der Messe „Iss gut“ dafür ein, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf Speisen in Restaurants auch über das Jahr 2023 hinaus bleibt: Axel Klein, Hauptgeschäftsführer des Dehoga Sachsen.

FOTO: ANDRÉ KEMPNER